



Wir halten Wort

Die Umsetzung unserer Kreuther Beschlüsse – eine Auswahl

Wir halten Wort

Die Umsetzung unserer Kreuther Beschlüsse – eine Auswahl



» So groß die Herausforderungen sind,
Deutschland steht zu seiner Verantwortung. Uns
geht es gut. Unser Land hat die niedrigste Arbeits-
losenquote in ganz Europa. Die Konjunktur ist
stabil. Und die Einkommen steigen. «

liebe Leserinne, liebe Leser,

unsere Herausforderungen sind groß. Die Staatsschuldenkrise, die Flüchtlingsströme, der islamistische Terror – Europa steht vor einer historischen Bewährungsprobe.

So groß die Herausforderungen sind, Deutschland steht zu seiner Verantwortung. Uns geht es gut. Unser Land hat die niedrigste Arbeitslosenquote in ganz Europa. Die Konjunktur ist stabil. Und die Einkommen steigen.

Die Grundlagen dafür legen wir als CSU-Landesgruppe Jahr für Jahr bei unseren Klausurtagungen in Wildbad Kreuth. Unser Versprechen gilt: Wir sagen, was wir denken, und tun, was wir sagen. Überzeugen Sie sich selbst. In dieser Broschüre finden Sie eine Auswahl unserer Beschlüsse von Wildbad Kreuth und wie wir diese umgesetzt haben.

Die Bilanz ist gut. Wir machen keine neuen Schulden und haben Steuererhöhungen verhindert. Wir sorgen mit der Mütterrente für Generationengerechtigkeit und investieren wie nie zuvor in die Bildung. Wir verhindern Sozialmissbrauch und machen das Asylrecht zukunftsfest. Gerechtigkeit ist die Basis für Solidarität.

Wir halten Wort. Wir packen an. Wir setzen durch. Wir gehen diesen Weg weiter. Für unser Land.

Gerda Hasselfeldt

Gerda Hasselfeldt MdB

Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag



Die Schwarze Null steht
Seite 6

EU-Außengrenzen schützen
Seite 30



Breitbandausbau fördern
Seite 8

Investitionen in die Verkehrs-
infrastruktur
Seite 10

Sozialmissbrauch nicht dulden
Seite 32

Keine Vergemeinschaftung
von Schulden
Seite 34



Maut beschlossen
Seite 12

Terrorbekämpfung verstärkt
Seite 36



Erneuerbare Energien fördern
Seite 14

Ja zum praxistauglichen
Mindestlohn
Seite 16

Vorratsdatenspeicherung wieder
eingeführt
Seite 38

Kriminalitätsbekämpfung verbessert
Seite 40



Mehr Geld für Bildung und Forschung
Seite 18

Verbesserungen bei der Rente
Seite 42



Die Landwirtschaft unterstützen
Seite 20

Integrationsgesetz auf dem Weg
Seite 22

Pflegeleistungen ausgebaut
Seite 44

Kita-Ausbau voranbringen
Seite 46



Asylpakete: schnellere Verfahren,
weniger Anreize
Seite 24

Kommunen entlastet
Seite 48



Straffällige Ausländer
schneller ausweisen
Seite 26

Fluchtursachen bekämpfen
Seite 28

Städte- und Wohnungsbau fördern
Seite 50

Verteidigungshaushalt erhöht
Seite 52

» Die steuer- und haushaltspolitische Leitlinie ist ... klar verankert: Keine Steuererhöhungen und ein Haushalt ohne Nettoneuverschuldung. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2014

Wir machen keine neuen Schulden und erhöhen keine Steuern.

Zum dritten Mal in Folge haben wir für einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden gesorgt. Bereits seit 2014 – und damit ein Jahr früher als geplant – stand die „Schwarze Null“. Darüber hinaus konnten wir sogar Schulden tilgen. An unserem Versprechen, die Steuern nicht zu erhöhen, halten wir fest. Trotzdem investieren wir weiter kräftig in die Zukunft. Wir haben unter anderem die Mittel für die Verkehrsinfrastruktur erhöht und seit 2005 die Bildungsausgaben verdoppelt. Auch wurden die sozialen Sicherungssysteme ausgeweitet. Zudem haben wir die Bürgerinnen und Bürger entlastet. Wir geben ihnen durch Steuererleichterungen fünf Milliarden Euro zurück. Das ist gelebte Generationengerechtigkeit.



» Die CSU-Landesgruppe setzt sich dafür ein, dass Erlöse aus der anstehenden Frequenzvergabe ... zweckgebunden in den Breitbandausbau für den ländlichen Raum fließen ... «

Beschluss Wildbad Kreuth 2014

Wir sorgen für schnelles Internet – auch auf dem Land.

Im November 2015 haben wir das Breitbandförderprogramm des Bundes gestartet. Insgesamt stehen 2,7 Milliarden Euro an Fördergeldern zur Verfügung, um ganz Deutschland mit schnellem Internet zu versorgen. Vor allem unterversorgte Gebiete sollen einen besseren Netzzugang erhalten. Das Bundesprogramm ist mit den Förderprogrammen der Länder kombinierbar. Außerdem werden die Kommunen und Landkreise bei der Antragstellung unterstützt. Die ersten Förderbescheide wurden bereits vergeben – etliche Landkreise und Kommunen haben schon eine Zusage erhalten. Damit können immer mehr Haushalte und Betriebe ans schnelle Internet angeschlossen werden.



» Unser Land als zentrale Verkehrsdreh-
scheibe in Europa braucht Erhaltungs- und Neu-
investitionen in Milliardenhöhe. Deshalb haben
wir entschieden, ... fünf Milliarden Euro zusätzlich
in die Verkehrsinfrastruktur zu investieren. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2015

Wir investieren in die Verkehrswege so stark wie nie seit der Wiedervereinigung.

Für ein modernes Industrieland ist eine leistungsfähige Infrastruktur unerlässlich. Wir stellen deshalb für die dringend notwendigen Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur in dieser Legislaturperiode fünf Milliarden Euro zusätzlich bereit. Die Mittel für die Verkehrsinfrastruktur werden schrittweise um fast vier Milliarden Euro bis 2018 erhöht, auf dann über 14 Milliarden Euro. Wir modernisieren die Infrastruktur so stark wie nie seit der Wiedervereinigung. Mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan legen wir jetzt fest, wo wir in den nächsten Jahren investieren.



» Wir erweitern die LKW-Maut und führen die Infrastrukturabgabe ein, um die Nutzerfinanzierung zu stärken. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2015

Wir sichern die Finanzierung unserer Straßen.

2015 haben wir die Maut für Pkw verabschiedet. Mit dieser Infrastrukturabgabe setzen wir den Systemwechsel fort: von der Steuerfinanzierung hin zur Nutzerfinanzierung der Infrastruktur. Bei ihrer Einführung würden 3,7 Milliarden Euro pro Legislaturperiode vom Finanzausgleich in den Verkehrsausgleich fließen. So wollen wir die Zukunftsfähigkeit unserer Verkehrsnetze sichern. Auch wenn die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat und uns damit an ihrer Einführung hindert, ist die Infrastrukturabgabe genau das, was die Kommission schon 2011 in ihrem Weißbuch gefordert hatte. Zudem haben wir die Lkw-Maut 2015 um weitere Klassen und einen Teil der Bundesstraßen erweitert.



» Um die Netzstabilität zu gewährleisten
und den Strompreisanstieg zu bremsen,
muss das EEG ... reformiert werden. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2014

Wir sorgen für einen marktnäheren Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2014 haben wir dafür gesorgt, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien markt- und kostenorientierter als bisher vorangehen kann. Darüber hinaus ist geplant, dass Ausschreibungen das bisherige Vergütungssystem ablösen sollen. Damit wollen wir die Erneuerbaren Energien noch näher an den Markt heranführen und besser steuern, gleichzeitig aber dafür sorgen, dass Energieträger wie etwa Biomasse und Wasserkraft auch weiterhin eine Zukunft haben.



» Die Landesgruppe mahnt ... eine kritische Evaluierung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn an. Ziel sollte eine Verringerung des Bürokratieaufwands für Unternehmen sein. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2015

Wir stehen zum Mindestlohn mit Augenmaß.

Durch die Einführung des Mindestlohns haben wir einen Mindestschutz für Beschäftigte geschaffen und faire Wettbewerbsbedingungen sichergestellt. Denn für die Löhne sind weiterhin die Arbeitgeber und Gewerkschaften zuständig. Wir sagen also Ja zum Mindestlohn. Dieser sollte aber praxistauglich gestaltet sein. Unnötige Bürokratie und die Gefährdung von Arbeitsplätzen sind mit uns nicht zu machen. Verbesserungen haben wir beispielsweise bei der Einstufung von Praktikanten, Langzeitarbeitslosen und Ehrenamtlern erreicht. Auf unseren Druck hin wurden unter anderem auch die Dokumentationspflichten verringert. Wir sehen aber weiteren Handlungsbedarf.



» Berufliche Fortbildungen sind akademischen
Ausbildungen absolut gleichwertig. Deswegen
wollen wir sie auch bei der Förderung
gleichstellen. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2015

Wir verbessern das Meister-BAföG und das BAföG für Studenten.

Ebenso wie zuvor schon bei der jüngsten BAföG-Reform haben wir auch beim Meister-BAföG zahlreiche Verbesserungen durchgesetzt: Ab 1. August 2016 wird der Zuschuss zum Lebensunterhalt von 44 auf 50 Prozent erhöht und der Kreis der Leistungsberechtigten erweitert. So können künftig auch Bachelor-Absolventen gefördert werden. Außerdem wird das Angebot familienfreundlicher ausgestaltet, und Anträge können online gestellt werden. Damit setzen wir uns konsequent für die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Bildungswege ein. Seit 2005 wurde der Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung auf über 15 Milliarden Euro verdoppelt. Und 2016 stieg er nochmals um eine Milliarde Euro.



» Wir [achten] darauf, dass die Belange und Entwicklungsmöglichkeiten unserer bäuerlichen landwirtschaftlichen Betriebe ... berücksichtigt werden. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2013

Wir stärken die ländlichen Räume.

Niedrige Erzeugerpreise, zunehmende Auflagen und fehlende gesellschaftliche Akzeptanz bringen immer mehr bäuerliche Betriebe in Existenznot. Wir unterstützen die Landwirte: So haben wir zum einen für 2016 den Bundeszuschuss für die Landwirtschaftliche Unfallversicherung um 78 Millionen Euro erhöht – damit werden viele Betriebe deutlich entlastet. Diese Erhöhung ist auch für 2017 geplant. Zum anderen haben wir uns für ein EU-Liquiditätshilfeprogramm eingesetzt, um Landwirten zu helfen, die ihren Kreditverpflichtungen nicht nachkommen können. Für die notleidenden Milchbauern sind zusätzliche Maßnahmen, wie zum Beispiel steuerliche Erleichterungen, vorgesehen. Die GAK wird weiterentwickelt, die Bundesmittel wurden um 60 Millionen Euro angehoben.



» Ein gesellschaftliches Zusammenleben funktioniert nicht ohne Integration. Wir bieten Menschen, die zu uns kommen, eine neue Heimat. Als Gegenleistung erwarten wir einen starken Willen zur Integration. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2016

Wir fördern und fordern.

Das Integrationsgesetz sieht ein Arbeitsmarktprogramm mit 100.000 zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten vor. Daneben wird es Erleichterungen bei der Ausbildung von Flüchtlingen geben. Auch sollen Flüchtlinge früher in Integrationskursen Deutsch lernen und an unser Werte- und Rechtssystem herangeführt werden. Mit der Wohnsitzzuweisung wird eine weitere wesentliche Forderung von uns umgesetzt: Anerkannten Flüchtlingen kann der Staat künftig den Wohnort vorschreiben, um Ghattobildungen zu vermeiden. Auch hierdurch wird die Integration gefördert. Neben dem Fördern steht ganz klar das Fordern: Wer sich der Integration verweigert, dem drohen Leistungskürzungen.



» Wir fordern, ... zwischen wirklich Schutzbedürftigen ... und denen, die diese Schutzbedürftigkeit nur vorgeben, zu unterscheiden. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2015

Wir verschärfen das Asylrecht – so stark wie seit 20 Jahren nicht.

Wir unterscheiden zwischen Schutzbedürftigen und Nichtschutzbedürftigen. Diejenigen, die bei uns keinen Anspruch auf Schutz haben, müssen Deutschland zügig wieder verlassen. Wir haben die Rahmenbedingungen geschaffen, um Abschiebungen zu erleichtern. Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive, also etwa diejenigen, die aus sicheren Herkunftsländern zu uns kommen, werden in besonderen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht. Für sie gilt eine verschärfte Residenzpflicht und ein Beschäftigungsverbot. Bei der Versorgung erhalten Sachleistungen wieder Vorrang vor Geldleistungen. Die Liste der sicheren Herkunftstaaten haben wir erweitert. Für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz wird der Familiennachzug ausgesetzt. So werden Fehlanreize minimiert.



» Sollte ein Asylbewerber bereits während des laufenden Asylverfahrens straffällig werden, muss dies Einfluss auf sein Verfahren haben. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2016

Wir greifen gegen straffällig gewordene Ausländer durch.

Deutschland ist der Staat des Rechts und der Sicherheit: Wir haben durchgesetzt, dass kriminelle Ausländer leichter und schneller ausgewiesen werden können. Bei Straftaten gegen das Leben, bei Körperverletzung, Sexualstraftaten, Eigentumsdelikten und bei Widerstand gegen die Staatsgewalt, zum Beispiel bei Angriffen auf Polizisten, gilt ein verschärftes Ausweisungsrecht. Straffällige Asylbewerber und Ausländer können demnach bereits ausgewiesen werden, wenn sie zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werden – unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt oder eine Jugendstrafe verhängt wurde. Auch die Abschiebung wurde erleichtert.



» Um den Zustrom nach Europa einzudämmen, müssen die Ursachen für Flucht, Vertreibung und für Migration aus wirtschaftlichen Gründen bekämpft werden. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2016

Wir helfen den Menschen vor Ort.

Beim Bundesentwicklungsministerium wurden drei Sonderinitiativen geschaffen. Dadurch können beispielsweise im Libanon 200.000 Kinder eingeschult, in Jordanien 800.000 Menschen mit Wasser und 200.000 mit Strom versorgt werden. Deutschland investiert in dieser Legislaturperiode insgesamt einen zweistelligen Milliardenbetrag zur Bekämpfung der Fluchtursachen. Mit dem Geld lässt sich vor Ort deutlich mehr bewirken als in Deutschland. Allein mit Zusagen von 2,3 Milliarden Euro auf der Syrien-Geber-Konferenz sind wir weltweit einer der Vorreiter. Daneben gehört Deutschland zu den Initiatoren der internationalen Syrien-Friedenskonferenz und engagiert sich so für eine politische Lösung des Konflikts.



» Unabhängig von bilateralen Vereinbarungen
muss es ureigenstes Interesse der Europäischen
Union sein, ihre Außengrenzen zu sichern. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2016

Wir stoppen die illegale Migration.

Seit dem Höhepunkt im November 2015 ist die Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge von über 200.000 kontinuierlich auf rund 16.000 im April 2016 gesunken. Dazu haben nach der Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen im September 2015 die Schließung der Balkanroute und die Vereinbarung mit der Türkei beigetragen. Kernelement der Absprachen mit der Türkei ist ein fester Mechanismus zur Rücknahme von illegal nach Griechenland gekommenen Flüchtlingen. Die anderen EU-Staaten unterstützen Griechenland: Grenzschutzbeamte, Asylexperten und Dolmetscher helfen bei der Rückführung der Flüchtlinge in die Türkei. Illegale Migration konnte so erheblich eingedämmt werden. Bis die EU-Außengrenzen vollständig geschützt sind, werden allerdings die nationalen Grenzkontrollen fortgesetzt.



» Wir werden falsche Anreize zur
Zuwanderung verringern und streben nationale
und europäische Lösungen zur Verhinderung
von Missbrauch an. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2014

Wir verhindern Armutsmigration.

Wir stehen zur Freizügigkeit der EU. Betrug und Missbrauch unserer Sozialsysteme dulden wir aber nicht. Deshalb wurde auf unsere Initiative hin bereits im November 2014 die Änderung des Freizügigkeitsgesetzes beschlossen. Diejenigen, die nach Deutschland kommen und unser Recht missbrauchen, verlieren ihr Aufenthaltsrecht und erhalten befristete Wiedereinreisesperren. Außerdem wurde der Bezug von Kindergeld an eine Steueridentifikationsnummer geknüpft. Das Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche wurde auf sechs Monate begrenzt. Das Erschleichen von Aufenthaltstiteln ist unter Strafe gestellt. Weiter planen wir, den Sozialhilfeanspruch für EU-Ausländer zu beschränken.



»» Wir sind gegen eine Vergemeinschaftung von Schulden und Risiken. ... Ein vergemeinschaftetes europäisches Einlagensicherungssystem lehnen wir ab. ««

Beschluss Wildbad Kreuth 2016

Wir erteilen der Transferunion eine Absage.

Eine Vergemeinschaftung von Staatsschulden in der EU konnten wir erfolgreich abwehren. Wir erteilen auch weiterhin Vorstößen in Richtung einer Transferunion eine Absage. Einer Vergemeinschaftung der europäischen Einlagensicherung, wie von der EU-Kommission angestrebt, stellen wir uns entgegen. Risiken gilt es zu reduzieren, statt zu sozialisieren. Hierzu gehört für uns ein wirksamer Mechanismus zur Gläubigerbeteiligung an einer Bankenschieflage und der Abbau von Staatsrisiken in Bankenbilanzen. Auch beim Hilfsprogramm für Griechenland gilt: Leistungen nur gegen Reformen.



» Es darf ... kein Nachlassen im weltweiten Kampf gegen ... Terrorismus geben. Reisebewegungen von islamistisch-terroristischen Kämpfern müssen unterbunden werden. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2015

Wir sorgen für die Sicherheit unserer Bürger.

Um Anschläge radikaler Islamisten zu verhindern, werden Vorbereitungshandlungen umfassend unter Strafe gestellt. Verurteilte Unterstützer einer terroristischen Vereinigung können nach Haftentlassung überwacht werden. Wir verbessern die Vernetzung unserer Sicherheitsbehörden auch mit ausländischen Stellen. Mit der Identifizierungspflicht beim Kauf von Prepaid-Karten verhindern wir, dass Terrorverdächtige mit wechselnden Handys anonym kommunizieren. Außerdem kann die Bundespolizei zur Gefahrenabwehr verdeckte Ermittler einsetzen. Diese Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt im Kampf gegen den Terrorismus und für mehr Sicherheit.



» Hierfür ist eine Regelung zur Mindestspeicherung von Verbindungsdaten ... erforderlich. In vielen europäischen Ländern ist eine solche Speicherung ... möglich. Dies muss auch für Deutschland gelten. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2015

Wir schützen die Opfer, nicht die Täter.

Mit dem Gesetz zur Speicherung der sogenannten Verkehrsdaten setzen wir im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die stetig wachsende Cyberkriminalität ein Zeichen für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Daten, zum Beispiel die Rufnummer, Zeitpunkt und Dauer des Anrufes oder die Zuordnung der IP-Adresse, werden durch Telekommunikationsunternehmen gespeichert. Die Unternehmen sichern die Verkehrsdaten für zehn Wochen, Standortdaten von Mobiltelefonen für vier Wochen. Bei schweren Straftaten haben Staatsanwaltschaften nun die Möglichkeit, unter engen gerichtlichen Vorgaben auf diese Daten zuzugreifen.



» Die CSU-Landesgruppe setzt sich dafür ein, ein eigenes Förderprogramm zu entwickeln, welches ... den Einbau von ... Sicherheitsvorkehrungen unterstützt. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2015

Wir stärken den Schutz vor Einbruchskriminalität.

Der Schutz vor Einbruchskriminalität ist wichtig. Wir stärken deshalb die Prävention: Im November 2015 haben wir ein umfassendes Programm zur Förderung von baulichen Maßnahmen eingerichtet. Außerdem soll die Präsenz der Polizei vor Ort ausgebaut werden. Der Bund wird zusätzlich in diesem Jahr die Zahl der Bundespolizisten massiv erhöhen. Das Bundeskriminalamt soll zudem als zentrale Koordinierungsstelle für organisierte Kriminalität gestärkt werden. Denn: Nur eine funktionierende Polizei kann mit den immer professionelleren Tätern mithalten.



» Die ... Mütterrente ist für uns der vorrangigste rentenpolitische Fortschritt. ... [Ebenso dringend ist], dass wir erwerbsgeminderte Personen ... besser absichern ... «

Beschluss Wildbad Kreuth 2014

Wir kümmern uns um eine generationengerechte Politik.

Wir haben 2014 die Mütterrente eingeführt. Diese Anerkennung der Erziehungsleistung von etwa zehn Millionen Müttern war uns ein Kernanliegen. Trotzdem konnte 2015 der Rentenbeitragssatz abgesenkt werden und ist so niedrig wie seit 1995 nicht mehr. Auch haben wir die Erwerbsminderungsrente verbessert und den sogenannten „Reha-Deckel“ erhöht. Bei der abschlagfreien Rente ab 63 werden freiwillige Beiträge gegenüber Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht schlechter gestellt. Und wir konnten einen ersten Schritt zur Erleichterung der Beschäftigung im Rentenalter verabschieden: Arbeitgeber und Arbeitnehmer können nun einvernehmlich das Arbeitsverhältnis fortsetzen. Weitere Erleichterungen sind geplant.



» Wir wollen ..., dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung verbleiben können. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2014

Wir sorgen für eine bessere Pflege.

Uns ist das Thema Pflege ein zentrales Anliegen. Mit den beiden Pflegestärkungsgesetzen sorgen wir für mehr Leistung und bessere Versorgung. Die allermeisten Pflegebedürftigen wollen möglichst lange in den eigenen vier Wänden leben. So haben wir die Zuschüsse für Umbauten in der eigenen Wohnung deutlich aufgestockt. Daneben erhöhen wir den Betreuungsschlüssel und definieren den Pflegebedürftigkeitsbegriff neu. Wir stärken die häusliche Pflege und entlasten die Angehörigen. Und für die geburtenstarken Jahrgänge haben wir einen Pflegevorsorgefonds gebildet. Bei der Familienpflegezeit konnten wir eine praxisfreundliche Ausgestaltung durchsetzen, um kleinere Betriebe vor unnötiger Bürokratie zu schützen.



» Wir stehen auch weiterhin zu
unserem Wort und werden daher ein drittes
Investitionsprogramm zum Ausbau der
Kindertagesstätten auflegen. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2014

Wir investieren weiter in die Kinderbetreuung.

Für den Ausbau der Kitas wurde ein drittes Investitionsprogramm von 2015 bis 2018 aufgelegt. Das sogenannte Sondervermögen ist deshalb bereits zum 1. Januar 2015 auf eine Milliarde Euro aufgestockt worden – der Bund unterstützt so die Länder beim Betreuungsausbau finanziell. Zum Abruf der Mittel wird es für die Kommunen zusätzlich eine Fristverlängerung um ein Jahr geben. Wir stehen bei der Frage der Kinderbetreuung für die Wahlfreiheit der Eltern. Bayern führt deshalb das Betreuungsgeld als Landesbetreuungsgeld fort.



» Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt sich dafür ein, dass ... die Kommunen bei der Eingliederung von Menschen mit Behinderung deutlich entlastet werden. «

Beschluss Wildbad Kreuth 2014

Wir entlasten die Kommunen.

2015 und 2016 werden die Kommunen mit einer Milliarde Euro jährlich entlastet, 2017 sogar mit 2,5 Milliarden Euro. Zudem finanziert der Bund 2016 die Grundsicherung im Alter mit 6,5 Milliarden Euro. Über das Sondervermögen „Kommunal-Investitionsförderungsfonds“ wurden außerdem 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, aus dem von 2015 bis 2018 Investitionen finanzschwacher Kommunen gefördert werden. Dieser Förderzeitraum soll noch einmal um zwei Jahre verlängert werden. Wir stehen zudem dazu, die Kommunen bei der Eingliederungshilfe ab 2018 um jährlich fünf Milliarden Euro zu entlasten. Wir setzen uns dafür ein, dass dies auch bei den Kommunen ankommt und nicht durch Verrechnungen im Zusammenhang mit neuen Standards aufgezehrt wird.



»» Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme des Bundes im Bereich Städtebauförderung ... aufgestockt und ... zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden. ««

Beschluss Wildbad Kreuth 2014

Wir erhöhen die Städtebauförderung und kümmern uns um bezahlbaren Wohnraum.

2014 haben wir die Mittel für die Städtebauförderung um 245 Millionen Euro erhöht und stellen seitdem jährlich rund 700 Millionen Euro dafür bereit. Um Auswüchse bei den Mietentwicklungen zu unterbinden, haben wir das Instrument der Mietpreisbremse geschaffen. Lösen können wir die Probleme des Wohnungsmarktes aber nur, wenn mehr Wohnungen gebaut werden. Nötig ist eine Investitionsoffensive für den Wohnungsbau. Den ersten Schritt haben wir schon erreicht: Die Mittel der sozialen Wohnraumförderung wurden bis zum Jahr 2019 um 500 Millionen Euro aufgestockt. Weitere Schritte, wie steuerliche Anreize, folgen.



» Den europaweiten Trend zur Ausgaben-
kürzung müssen wir umkehren ... Als verlässlicher
Bündnispartner braucht Deutschland eine
moderne und schlagkräftige Bundeswehr ... «

Beschluss Wildbad Kreuth 2015

Wir leiten eine Trendwende hin zur Stärkung der Bundeswehr ein.

Schon 2016 haben wir den Verteidigungshaushalt um 1,3 Milliarden auf rund 34,3 Milliarden Euro erhöht. 2017 soll das Budget nach dem Eckwertebeschluss der Bundesregierung auf rund 36,6 Milliarden ansteigen – ein Aufwuchs von knapp sieben Prozent. Im Finanzplan bis 2020, den das Bundeskabinett im März 2016 beschlossen hat, setzt sich die Erhöhung fort – auf dann 39,2 Milliarden Euro im Jahr 2020. Das ist angesichts der steigenden und teilweise auch unvorhersehbaren Anforderungen an die Bundeswehr ein wichtiges Signal. Auch personell soll die Bundeswehr deutlich aufgestockt werden.



Impressum

Herausgeber

CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Max Straubinger MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Verantwortlich

Dr. Anne Deter

Redaktion

Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns

Layout

Atelier Hauer + Dörfler

Druck

Ruksaldruck

Stand

Juni 2016

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

www.csu-landesgruppe.de

Bildnachweise

S. 1 CDU/CSU-Bundestagsfraktion; S. 2 Henning Schacht – berlinpressphoto; S. 7 picture alliance (pa)/Westend61; S. 9 pa/dpa; S. 11 pa/Bildagentur-online; S. 13 pa/dpa; S. 15 pa/dpa; S. 17 pa/dpa; S. 19 pa/ZB; S. 21 pa/ZB; S. 23 pa/dpa; S. 25 pa/dpa; S. 27 pa/dpa; S. 29 pa/APA/picturedesk.com; S. 31 pa/PIXSELL; S. 33 pa/chromorange; S. 35 pa/dpa; S. 37 pa/AP images; S. 39 pa/Bildagentur-online; S. 41 pa/dpa; S. 43 pa/Sven Simon; S. 45 pa/dpa; S. 47 pa/dpa; S. 49 pa/dpa; S. 51 pa/Sueddeutsche Zeitung Photo; S. 53 pa/dpa

Die Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Kontakt

CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

T 030 227-51999
csu-landesgruppe@cducsu.de

